

1. Nachtrag zur Entschädigungssatzung der Stadt Eppstein

Aufgrund der §§ 5, 27, 35a und 36a der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung vom 7. März 2005 (GVBl. I S. 142), zuletzt geändert Artikel 1 des Gesetzes vom 1. April 2025 (GVBl. 2025 Nr. 24), hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eppstein in ihrer Sitzung am 11.12.2025 nachstehenden 1. Nachtrag zur Entschädigungssatzung beschlossen.

§ 1 Aufhebung des § 3 Absatz 2

Die Regelung des § 3 Absatz 2 wird aufgehoben.

§ 2 Neufassung des § 3 Absatz 4

Die Regelung des § 3 Absatz 4 lautet fortan wie folgt:

(4) Die Aufwandsentschädigung nach Abs. 1 wird für den höheren Aufwand bei dem Wahrnehmen besonderer Funktionen um eine monatliche Pauschale erhöht. Diese beträgt für

- den/die Vorsitzende(n) der Stadtverordnetenversammlung 10,00 €
- ehrenamtliche Stadträtinnen und Stadträte 10,00 €
- Fraktionsvorsitzende in der Stadtverordnetenversammlung 10,00 €
- Ortsvorsteher/Ortsvorsteherinnen 10,00 €
- die Ausübung eines besonderen Sachgebietes 10,00 €
- die Ausübung eines ehrenamtlichen Dezernats 250,00 €.

§ 3 Inkrafttreten

Dieser Nachtrag tritt zum 01.01.2026 in Kraft.

Eppstein, 11.12.2025

Der Magistrat der Stadt Eppstein

Alexander Simon
Bürgermeister

Sabine Bergold
Erste Stadträtin